

EUROPA IN DER WELT VON MORGEN

EUROPA IN DER WELT VON MORGEN

(Kurzfassung deutsch)

Man kann immer wieder hören, „Europa gilt nichts mehr in der Welt“, weil die Staaten des Kontinents an militärischer Stärke verloren haben und nicht genug aufrüsten. Tatsächlich hat in Europa mit der Gründung des Europarates und verstärkt durch die Europäische Union eine „Revolution in der europäischen Diplomatie“ stattgefunden. Ziele und Mittel der Außenpolitik haben sich grundsätzlich geändert. Die traditionelle Machtpolitik wurde, zunächst in Westeuropa, durch eine Politik der Zusammenarbeit zum Wohl der Bürger ersetzt. Warfare was replaced by welfare.

In den USA hat diese Revolution nicht stattgefunden. Amerika und andere Großmächte setzen weiter auf militärische Macht als Grundlage ihrer Außenpolitik. Allerdings: in der Welt von morgen haben Sicherheit und Macht eine neue Dimension erhalten. Sicherheit geht weit über die traditionelle Sicherheit von Staaten hinaus und umfasst alle Aspekte der „human security“, die mit traditioneller Macht nicht mehr gewährleistet werden kann, wie wir in der gegenwärtigen Corona- Krise sehen.

Es sollten sich daher in Zukunft andere Länder und Kontinente nach dem europäischen Modell ausrichten, und nicht umgekehrt.

Europe in the world of tomorrow

(short version in English)

One can hear time and again "Europe is no longer of relevance in the world, because the states of the continent have lost military strength and are not arming enough. Indeed, with the founding of the Council of Europe and strengthened by the European Union, a "revolution in European diplomacy" has taken place in Europe. The goals and means of foreign policy have changed fundamentally. Traditional power politics has been replaced, initially in Western Europe, by a policy of cooperation for the benefit of the citizens. Warfare was replaced by welfare.

This revolution did not take place in the USA. America and other great powers continue to rely on military strength as the basis of their foreign policy. However: in the world of tomorrow, security and power have taken on a new dimension. Security goes far beyond the traditional security of states and includes all aspects of "human security"; which cannot be guaranteed with traditional power, as we see in the current corona crisis.

Therefore, in the future other countries and continents should orient themselves according to the European model and not vice versa.

„Je crois que l'esprit humain semble voyager d'un pays à l'autre“ hat die große, in der Republik Genf geborene Schriftstellerin Madame de Stael gesagt. Das gilt wohl auch für ganze Kontinente. Im 20. Jahrhundert habe viele den „American way of life“ bewundert. In den letzten Jahrzehnten hat der wirtschaftliche Aufschwung Ostasiens die Welt bewegt und verändert. Spricht man von Afrika, denkt man zunächst, zu recht oder zu unrecht, an Katastrophen, Kriege und Bürgerkriege.

Wo steht Europa heute? Welcher Kontinent wird die Zukunft gewinnen? Man kann immer wieder hören, dass „Europa in der Welt nichts mehr gilt“, weil seine militärische Stärke zu gering geworden ist, weil die europäischen Staaten zu wenig aufgerüstet haben¹. Umschrieben wird das oft mit „die Europäer müssen mehr Verantwortung übernehmen“, so als ließen sich die Probleme unserer Zeit mit Panzern und Kampfflugzeugen lösen. Der französische Schriftsteller Michel Houellebecq sagt in seinem Roman „Unterwerfung“ die Machtergreifung der Muslime in Frankreich für 2022 voraus; und der Brite Douglas Murray hat einen Bestseller über den „Selbstmord Europas“ geschrieben.

Tatsächlich entspricht die Vorstellung, dass ein Land nur dann etwas gilt, wenn es militärisch stark ist, einer seit Jahrhunderten, ja Jahrtausenden entwickelten Denkweise. Zurückgehend auf die Aufklärung und den Humanismus, vor allem aber auf die geschichtliche Erfahrung, wurde diese Denkweise in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg überwunden. Ausgehend vom Europarat, verstärkt durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), haben die Mitglieder dieser Organisationen eine jahrhundertelange Politik der Konfrontation durch eine Politik der Kooperation ersetzt, die auf gemeinsamen Werten aufbaut.

¹ In diesem Sinne: Leitartikel in „Die WELT“ vom 24. Nov. 2018 „Zwerge auf der Weltbühne“.

I. Wesenselemente der europäischen Identität von heute.

Schon bei Homer haben wir gelernt, dass derjenige ein großer Held ist, der die meisten Feinde getötet hat. Im weiteren Verlauf gingen jene als „Große“ in die Geschichte ein, die Schlachten gewannen, Länder eroberten und so ihren Ruhm vergrößern konnten, denken wir an Alexander den Großen, Karl den Großen oder Friedrich den Großen. Als aber der serbische Präsident Slobodan Milosevic in den 1990er Jahren über seine Nachbarn hergefallen ist, sagte niemand mehr „Milosevic der Große“, sondern vielmehr „dieser Mann gehört vor ein Kriegsgericht“.

Die Wesenselemente der europäischen Politik von heute liegen darin, dass wir auf einem Kontinent des Friedens leben, wo die Wohlfahrt der Bürger wichtiger geworden ist als die Macht des Staates; auf einem Kontinent, der die Menschenrechte achtet und versucht, die Umwelt zu schützen.

1. Ein Kontinent des Friedens

Tatsächlich hat in Europa mit der Gründung des Europarates im Jahre 1949 eine „Revolution in der europäischen Diplomatie“ stattgefunden. Ziel und Mittel der Außenpolitik haben sich grundsätzlich geändert. Die traditionelle Machtpolitik wurde zunächst in Westeuropa durch eine Politik der Zusammenarbeit zum Wohl der Bürger ersetzt. Diese Politik baute auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auf. Die Förderung der Wohlfahrt der Bürger wurde die Legitimation auch des außenpolitischen Handelns; der Wohlfahrtsstaat erhielt eine internationale Dimension. Kriege zur Durchsetzung nationaler und machtpolitische Interessen wurden für diese Länder undenkbar.

Jahrhundertlang wurde Außenpolitik im Sinne der Staatsräson als Realpolitik im machtpolitischen Interesse des eigenen Landes bzw. seines Herrschers geführt. Kriege galten als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ und bei Friedensverträgen wurden Territorien und Menschen beliebig aufgeteilt. Heute betreiben nur mehr die USA weltweit diese Außenpolitik, andere Großmächte im regionalen Bereich. Die USA können nach wie vor nach Belieben Kriege in der ganzen Welt führen, und durch die NATO- Osterweiterung sind machtpolitisches Denken und neue Spannungen nach Europa zurückgekehrt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist durch die Gründung des Europarates, später vertieft durch die Europäische Union, eine Friedenszone entstanden. Europa führt militärische Einsätze nicht mehr zur Stärkung der nationalen Außenpolitik, sondern als internationale Friedensmissionen durch. 75 Jahre Frieden in Europa waren möglich, weil das auf Machtpolitik aufbauende „Balance of Power-Denken“ abgelöst wurde von einer Politik der gemeinsamen Werte, deren Einhaltung auch international überwacht wurde.

2. und der Wohlfahrt.

In Europa leben heute 7 % der Weltbevölkerung; die Länder der EU und Großbritannien produzieren 20 % des Welt-BIP; konsumieren aber die Hälfte aller Sozialleistungen in der Welt. Zweifellos gibt es zwischen West- und Osteuropa noch ein starkes soziales Gefälle, aber das Prinzip der Förderung der Wohlfahrt der Bürger als Maxime des politischen Handelns hat sich auf unserem Kontinent grundsätzlich durchgesetzt und dazu geführt, dass die sozialen Rechte und Errungenschaften in Europa wesentlich stärker ausgebaut sind als in anderen Regionen der Welt².

Sicherlich müssen die Grundlagen einer jeden Sozialpolitik in jedem Staat erwirtschaftet werden. Aber wesentlich sind auch ein soziales Bewusstsein und eine soziale Verantwortung als Grundlage dieser Politik. Dazu hat bereits der Europarat wesentlich beigetragen, der entsprechende Normen ausgearbeitet und Standards für alle Mitglieder festgelegt hat.

So wurde 1961 die Europäische Sozialcharta verabschiedet, die soziale Rechte und Freiheiten festlegte, deren Einhaltung im Rahmen eines Kontrollverfahrens überprüft werden. Die in der Charta verbrieften Rechte regeln die verschiedenen Aspekte des täglichen Lebens wie den Wohnungsbereich; die Gesundheit; Bildung; Arbeitsbedingungen oder die Nicht-Diskriminierung.

² Kenneth Clark; „Civilisation“; London 1962.

Bereits Art. 1 der Charta betont das „Recht auf Arbeit“. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, das Ziel eines möglichst hohen und starken Beschäftigungsniveaus anzustreben. Es werden Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitsbedingungen festgelegt; ein Rahmen für die wöchentliche Arbeitszeit sowie für einen bezahlten Jahresurlaub. Besonders hervorgehoben wird die Gleichberechtigung von Mann und Frau; für Kinder und Jugendliche gibt es besondere Schutzbedingungen und für Arbeitnehmerinnen ist ein Mutterschutz vorgesehen. Die Europäische Sozialcharta enthält auch Richtlinien für den Bildungsbereich; ein Recht auf Schutz der Gesundheit und besondere Maßnahmen zur Förderung der Familien, denen ein Recht auf sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz eingeräumt wird³

Zweifellos hängt die Umsetzung sozialer Rechte von den wirtschaftlichen Möglichkeiten genauso ab wie vom politischen Willen der Regierungen. Aber es ist in der Geschichte der internationalen Beziehungen einmalig, dass es einer Organisation gelungen ist, Regeln festzulegen, deren Einhaltung überprüft wird und entsprechende Beschwerden zulässt. Diese Vorgangsweise kann nur als Vorbild für andere Kontinente und Regierungen gelten.

3. Ein Kontinent der Menschenrechte.

Wenn die USA das Land der militärischen Stärke sind und China in den letzten Jahrzehnten den größten Wirtschaftsaufschwung verzeichnen konnte, dann ist Europa heute der Kontinent der Menschenrechte. Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte (EGMR) ist eine der größten Errungenschaften des Europarates. Die EGMR erwies sich als ein Vertrag von beispielloser Tragweite, der 1950 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde und 1953 in Kraft getreten ist. Die Rechte und Freiheiten der Bürger werden geschützt und die Mitgliedstaaten verpflichten sich, diese Rechte zu garantieren. Verletzungen dieser Rechte können über den nationalen Instanzenzug hinaus bei einer übernationalen Institution, beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingeklagt werden.

³ Alain Decaux; „C’était le XXe Siècle“ ; Paris 1996.

So sichert die Konvention unter anderem das Recht auf Leben; den Schutz vor Folter und unmenschlicher Behandlung; das Recht auf Freiheit und Sicherheit; auf ein faires Gerichtsverfahren; den Schutz der Privatsphäre, des Familienlebens und der Korrespondenz; das Recht auf freie Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit etc. Durch Protokolle wurden weitere Rechte hinzugefügt, wie etwa die Abschaffung der Todesstrafe oder der Schutz des Eigentums.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kann als Teil des österreichischen Rechtssystems gesehen werden: jedes Jahr werden etwa 400 Beschwerden aus Österreich eingebracht. Einige davon bekamen sogar den Charakter von Präzedenzfällen, wie etwa der Fall „Lingens gegen Österreich“: Chefredakteur Michel Lingens bekam gegen den damaligen Bundeskanzler Bruno Kreisky, der wegen übler Nachrede klagte, recht. Der Gerichtshof urteilte nämlich, dass Politiker im öffentlichen Interesse mehr Kritik hinnehmen müssen als Privatpersonen.

Recht und Menschenrechte wurden ein Teil des europäischen Selbstverständnisses. Hatte früher jeder Staat die alleinige Souveränität im Bereich der Rechtsprechung, so wurde in Europa ein supranationales Rechtssystem entwickelt, auf das sich jeder Bürger stützen kann. Das wurde eines der Fundamente für ein „Europa der Bürger“. Durch das vom Europarat geschaffene Rechtssystem entstand eine politische Wirklichkeit, die sich dadurch auszeichnete, dass europäische Werte zur Grundlage auch der nationalen Rechtssysteme wurden.

4. Vorbildfunktion beim Umweltschutz.

Auf keinem anderen Kontinent wurde bzw. wird so viel für den Schutz der Umwelt getan wie in Europa. Bei der Bekämpfung des Klimawandels hat die Europäische Union bewiesen, dass nachhaltige Entwicklung und wirtschaftlicher Fortschritt Hand in Hand gehen können. Die CO₂- Emissionen wurden zwischen 1990 und 2015 um 22 % gesenkt; im selben Zeitraum wurde ein Wirtschaftswachstum von 50 % erreicht⁴.

⁴ Erfolgsgeschichte Europa - 60 Jahre gemeinsame Fortschritte“; Publikation des European Political Strategy Centre“

Der Vertrag von Maastricht (1992) machte eine „nachhaltige Entwicklung“ als Ziel verbindlich; durch den Vertrag von Amsterdam (1997) wurde für Umweltfragen die Mit-Entscheidung des EU- Parlaments eingeführt, das nun gemeinsam mit dem Rat gleichberechtigt eingebunden ist. Die Europäische Umweltagentur mit Sitz in Kopenhagen sammelt seit 1994 relevante Informationen und stellt diese europäischen Entscheidungsträgern wie auch der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Zwischen 2010 und 2015 hat die EU mehr in die Entwicklung erneuerbarer Energieträger investiert als in jede andere Energiequelle. Bei Energie aus erneuerbaren Quellen beträgt die gewonnene Energie pro Person das Dreifache des weltweiten Durchschnitts. Schon seit im Jahre 1972 die ersten Schritte zu einer europäischen Umweltpolitik gemacht wurden, hat die EU die Probleme des sauren Regens und der Zerstörung der Ozonschicht engagiert angegangen. In europäischen Städten werden heute weltweit die niedrigsten Werte für Luftverschmutzung gemessen. Das ist größtenteils die Folge des frühzeitigen Verbotes von Blei und anderen Schadstoffen im Benzin.

Auch das Recycling von Abfällen spielt in den Städten und Gemeinden unseres Kontinents eine immer wichtigere Rolle. Die Recyclingsquote stieg alleine von 30 % im Jahre 2004 auf 43 % nur zehn Jahre später; 96 % der Strände sind sauber genug, um dort unbeschwert baden zu können. Heute hat die EU das Ziel, dass zumindest 30 % der Ausgaben zur Verwirklichung von Klima- Zielen beitragen (4). Die Klima- und Umweltpolitik der EU ist darauf ausgerichtet, die Biodiversität zu erhalten und den Übergang zu einer sauberen, CO₂- armen Gesellschaft zu unterstützen. Das Ziel ist es, bis 2050 „Klimaneutralität“ zu erreichen. Dafür wurde ein Fonds geschaffen, der für den Zeitraum von 2021 bis 2027 über € 7500 Millionen verfügt.

Die Ende 2019 von der EU- Kommission vorgestellten Pläne für einen „European Green Deal“ bieten neue Möglichkeiten zur Stärkung der europäischen Umwelt- und Klimapolitik.

5. Führend in der Entwicklungshilfe.

Die EU ist der größte Geber im Bereich der Entwicklungshilfe. Mit einem Betrag von € 75,2 Milliarden kamen im Jahre 2019 55,2 % der weltweiten Entwicklungshilfe von der EU und ihren Mitgliedsländern. Dieser Betrag entspricht 0,46 % des BIP der Europäischen Union⁵. Dabei erreichen drei Mitgliedsländer das offizielle Ziel von 0,7 %, nämlich Luxemburg, Schweden und Dänemark; 17 Mitgliedstaaten haben 2018 ihre Beiträge erhöht, darunter auch Österreich.

Über die offizielle Entwicklungshilfe hinaus ist die Europäische Union bemüht, den Partnerländern dabei zu helfen, die Umweltziele zu erreichen. Dabei soll die offizielle Hilfe mit Investitionen aus dem privaten Bereich, mit dem Handel und den in den einzelnen Ländern gegebenen Möglichkeiten abgestimmt werden, um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen. Darüber hinaus besteht die Absicht, die offizielle Entwicklungshilfe bis 2030 auf 0,7 % des BIP zu erhöhen.

Leider muss man feststellen, dass die Ziele der Entwicklungshilfe, wie sie ursprünglich von den Vereinten Nationen erklärt und im Rahmen von Entwicklungsdekaden hätten umgesetzt werden sollen, bei weitem nicht erreicht wurden. Das ganze Projekt Entwicklungszusammenarbeit wurde nach dem Modell des Marshall- Plans ausgerichtet, der in Europa sehr erfolgreich war, in Ländern aber, wo die Rahmenbedingungen nicht jenen des Nachkriegs-Europa entsprachen, blieben auch die angestrebten Erfolge aus. Aber das geht weit über die Möglichkeiten der EU hinaus⁶.

Insgesamt kann man sagen, dass in Europa ein politisches Modell geschaffen wurde, das sich durch Frieden, Wohlstand, Menschenrechte, Umweltschutz und Hilfe für andere auszeichnet. Das hat es in dieser Form in der Geschichte noch nicht gegeben. Europa hat mit einem Modell eine neue Identität gefunden, das zunächst in Westeuropa entwickelt wurde. In den kommunistischen Ländern

⁵ Presseaussendung der Europäischen Kommission vom 16. April 2020

⁶ „The Marshall Plan in Austria“; Volume 8; Contemporary Austrian Studies, Transaction Publishers 2002.

Mittel- und Osteuropas wurde nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die gesellschaftspolitische Entwicklung bis zum Fall des „Eisernen Vorhangs“ brutal unterdrückt. Das wirkte sich dahingehend aus, dass sich in diesen Ländern traditionelles Denken hinsichtlich Nationalismus, Rechtsstaatlichkeit oder Konfliktlösung in einer Form erhalten hat, die in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg überwunden wurde.

Wenn der seinerzeitige US- Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vom „neuen Europa“ sprach, meinte er tatsächlich jene Länder, wo noch vielfach in alten Kategorien gedacht wurde. Die Einbindung jener Staaten, die zwei Generationen lang unterdrückt wurden, in eine gesamteuropäische Gemeinschaft war zweifellos angebracht und notwendig. Aber durch diese Einbindung haben sich nicht nur diese Länder verändert, es entstanden auch neue Auffassungsunterschiede, die Fragen der Souveränität genauso betrafen wie jene der Sicherheit. So glauben einige der früheren kommunistischen Länder, man müsse Russland gegenüber aggressiv agieren, um zum Westen zu gehören. Dabei hat Österreich nach 1955 sehr klar gezeigt, dass eine Zugehörigkeit zum Westen durchaus vereinbar ist mit konstruktiven Beziehungen zu Moskau.

Europa, also die Mitglieder des Europarates und der Europäischen Union, stehen heute für ein politisches Modell, das nicht mehr die Macht des Staates, sondern das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt rückt. Die Wohlfahrt der Bürger wurde wichtiger als durch Kriege und militärische Interventionen Macht zu demonstrieren. Es wäre daher für die Zukunft ein entscheidender Schritt in Richtung einer neuen Qualität der internationalen Beziehungen, würden sich andere Länder und Kontinente nach diesem europäischen Modell orientieren und nicht Europa drängen, in die Machtpolitik der vergangenen Jahrhunderte zurückzufallen.

II. Die weltweite Übermacht der USA

1. Der Wille, Macht auszuüben.

In den USA hat die „Revolution in der Diplomatie“ nicht stattgefunden- im Gegenteil. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach dem Sieg im Ersten Golfkrieg erklärte der amerikanische Präsident George Bush (Vater), eine „neue Weltordnung“ sei entstanden. Was war tatsächlich neu? Die USA erkannten in der neuen Situation die einmalige Chance, die Welt alleine zu führen; alleine zu entscheiden, wann und wo militärische Gewalt eingesetzt werden kann; wenn möglich mit der Zustimmung der Vereinten Nationen, wenn notwendig, auch ohne diese.

Francis Fukuyama sprach vom „Ende der Geschichte“, also vom endgültigen Sieg der amerikanischen Vorstellungen von Demokratie und Kapitalismus. Es gab aber noch eine wesentliche Neuerung: war die Behandlung der eigenen Bürger, wie noch in der Charta der Vereinten Nationen festgehalten, früher eine „innere Angelegenheit“ eines jeden Staates, so stellte die UNO jetzt zum ersten Mal fest, dass die Misshandlung auch eigener Staatsbürger „eine Gefahr für den Frieden“ darstellen kann. Das interpretierten die USA als ihr Recht, etwa im Irak, einem souveränen Staat, mit der Operation „Provide Comfort“ Sicherheitszonen zu kontrollieren, also beliebig einzugreifen.

Henry Kissinger hat in seinem gleichnamigen Buch die Frage aufgeworfen, ob Amerika eine eigene Außenpolitik braucht⁷. Die grundlegende Antwort auf diese Frage heißt „NEIN“; und zwar deshalb nicht, weil die USA so mächtig sind, dass sie tun und lassen können was sie wollen.

In einer „Defense Planning Guidance“ wurde noch unter Verteidigungsminister Dick Cheney 1992 festgelegt, dass es die „politische und militärische Mission der USA ist, zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt eine Militärmacht entsteht, die den amerikanischen Führungsanspruch infrage stellen könnte“. Unter Präsident Bill Clinton wurden dann die Militärinterventionen unter dem

⁷ Henry Kissinger: „Does America need a Foreign Policy? -Toward a Diplomacy for the 21st Century“. New York 2001

Schlagwort „Liberaler Interventionismus“ bzw. „Humanitäre Aktionen“ in Bosnien, im Kosovo und auf Haiti weiter ausgebaut. Außerdem gelang es damit, für die NATO eine neue Aufgabe zu finden. Unter dem Motto, „amerikanische Werte“ zu verteidigen, konnte man überall dort eingreifen, wo es um amerikanische Interessen ging. Dabei wurde in den USA auch eine Übereinstimmung zwischen den politischen Lagern erzielt, also zwischen „Liberalem Internationalismus“ und den Neokonservativen. Demokratische Institutionen und liberale Werte sollten auf der ganzen Welt verankert werden. Denn, so die offizielle Darstellung, Demokratien würden keine Kriege gegeneinander führen. Wie auch immer; den USA wurde damit die Möglichkeit eröffnet, weltweit einzugreifen; wenn möglich durch „Regime change“ Regierungen nach dem eigenen Ebenbild zu schaffen⁸.

2. Kriege immer und überall.

Die Anschläge vom 11. September 2001 führten zu einer weiteren Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik. Alleine in den darauffolgenden sieben Jahren ist das US- Verteidigungsbudget um 80 % gestiegen. Von den 1,6 Millionen amerikanischen Soldaten sind 500 000 im Ausland stationiert; auf 800 Militärbasen in 172 Ländern. Die USA haben 50 formelle Verbündete auf allen Kontinenten; während im Vergleich dazu China vielleicht einen hat, nämlich Nordkorea.

Noch 2001 erfolgte der Einmarsch in Afghanistan, um das Land dafür zu bestrafen, dass es Al-Quaida Terroristen Unterschlupf gewährt hatte. Dann folgten 2003 die Invasion im Irak; in den darauffolgenden Jahren Beteiligungen an den Kämpfen in Libyen, Syrien und im Jemen. US- Spezialeinheiten sind aber auch in Niger und Somalia; sowie in Mali, Thailand, Jordanien und anderen Gegenden der Welt eingesetzt. 2017 dienten 37 813 US- Soldaten in geheimer Mission⁹; in Japan waren 40 000 US- Truppen stationiert; in Südkorea 24 000; in Deutschland 36 000; in Großbritannien 8300; in der Türkei 1400; sowie 6500 in Bahrain und 3000 in Katar.

Bezeichnend ist auch eines: Präsident Donald Trump beschloss, die US- Streitkräfte nur aus einem dieser Kriegsschauplätze, nämlich aus Syrien,

⁸ William Shawcross; „Deliver us from Evil“; New York 2000

⁹ Michael Mandelbaum; „The Ideas that conquered the World“; New York 2002

zurückzuziehen. Daraufhin wurde er von weiten Teilen der Medien als „verantwortungsloser Isolationist“ kritisiert. Im September 2002 wurde die „National Security Strategy“ beschlossen, die als Grundlage für das weltweite Engagement im „Kampf gegen den Terrorismus“ diente. Darin wird festgehalten, dass die USA im Kampf gegen den Terror nicht zögern, alleine und vorbeugend vorzugehen. Damit wurden Präventivkriege ein offizieller Teil der amerikanischen Militärstrategie

Die Theorie von der „Revolution in Military Affairs“ trug ebenfalls dazu bei, den Glauben an die unüberwindliche Zeit der US- Streitkräfte zu stärken. Demnach ist durch den technischen Fortschritt die Zerstörungskraft der Waffen so entscheidend gesteigert worden, dass weder auf der Welt noch im Weltall irgendjemand der militärischen Macht der USA Widerstand leisten könnte. Tatsächlich haben die USA noch unter Präsident Bush (Sohn) ein Militärkommando „CYBERCOM“ eingerichtet, das bereits 2011 über 200 Cyberangriffe durchführte.

Generell kann man wohl davon ausgehen, dass in einer Zeit, in der Informationssysteme das Leben im Frieden und im Krieg entscheidend bestimmen, von allen Staaten viel Kraft dafür aufgewendet wird, diese im Ernstfall zerstören zu können. Schon vor Jahren wurde Russland für die Cyberangriffe gegen Ziele in Estland und Georgien verantwortlich gemacht. Bücher über die neuen „Cyber-Armeen Putins“ wurden geschrieben. China wird immer wieder vorgeworfen, über Cyberattacken Wirtschaftsspionage zu betreiben. Aber auch in diesem Bereich sind die USA führend. Schon unter Präsident Obama haben die Vereinigten Staaten militärische Einsätze von Drohnen massiv ausgebaut. Bereits 2013 verfügten die US- Streitkräfte über 11 000 Drohnen, mit denen 8000 Menschen getötet wurden, darunter allerdings auch, trotz der angeblichen Zielgenauigkeit, eine erhebliche Anzahl von Zivilisten. Wenn es also das Ziel eines Drohneneinsatzes ist, verdeckt und ferngesteuert Gegner auszuschalten, dann wurde dieses zweifellos erreicht. Wie weit damit auch eine Terrorgesinnung zurückgedrängt werden kann, wenn es immer wieder auch unschuldige Opfer gibt, ist eine ganz andere Frage.

Jedenfalls kann man davon ausgehen, dass, was die militärische Stärke betrifft, die USA am Boden, in der Luft, auf den Ozeanen und im Weltraum sowohl bei den klassischen Waffen als auch bei den modernen Robotern keinen gleichwertigen Gegner haben. Wenn die USA neben der bewaffneten Macht auch andere Mittel einsetzen, um ihren Willen durchzusetzen, dann wohl deshalb, weil Kriege teuer sind und unpopulärer werden, je länger sie dauern; und trotz der gewaltigen militärischen Überlegenheit offensichtlich schwer zu gewinnen sind. Amerika hat deshalb verschiedene Formen von „Ersatzkriegen“ entwickelt, etwa Propagandakriege oder auch Wirtschaftskriege, bei denen jeweils auch das „Recht als Waffe“ eingesetzt wird.

III. Die Welt von morgen.

Was die Entwicklung einzelner Regionen, Länder und ganzer Kontinente betrifft, so gibt es einige Bereiche- etwa die demographische oder die wirtschaftliche Entwicklung- die man bis zu einem bestimmten Grad durchaus berechnen kann. Andere, oft sehr entscheidende Ereignisse, treten plötzlich und zur allgemeinen Überraschung auf, wie etwa die gegenwärtige Covid 19 Pandemie. Plötzlich werden gewohnte Lebensformen verändert, ganze Wirtschaftszweige brechen ein, das Leben ist nicht mehr wie früher. Hier soll zunächst an einigen Beispielen dargelegt werden, welche Gestaltungskräfte die internationalen Beziehungen in den letzten Jahrzehnten geprägt haben und die auch für die Zukunft relevant sein können, wie die Macht der Mutigen oder die Macht der Märkte. Es soll aber auch aufgezeigt werden, welche Veränderungen sich bereits so abzeichnen, dass sie für eine vorhersehbare Zukunft als gegeben angenommen werden können.

1. Die Macht der Mutigen und die Macht der Märkte.

Warum verändert sich die Welt? Während der letzten Jahrzehnte, etwa seit dem Fall der Berliner Mauer 1989, hat sich die Welt politisch und gesellschaftspolitisch dramatisch verändert. Betrachtet man jene Gestaltungskräfte, die diese Veränderungen bewirkt haben, so kann man feststellen, dass traditionelle Machtfaktoren dabei nur eine untergeordnete oder keine Rolle gespielt haben, während die Macht des Schicksals und des Zufalls; die Macht der Mutigen; der Märkte und selbst der Mythen dabei sehr entscheidend waren¹⁰

- Der Fall der Berliner Mauer ist ein Musterbeispiel dafür, wie die „Macht der Mutigen“ über die „Ohnmacht der Mächtigen“ siegen kann. Die DDR hatte mit 170 000 Stasi- Mitarbeitern und Informanten wohl einen der am besten organisierten Repressionsapparate in der Welt. Dennoch wagten mutige Oppositionelle unter hohem persönlichem Risiko den Widerstand. Der Ruf „Wir wollen Veränderungen“ wurde schließlich eine Parole der demonstrierenden Massen. Die wirtschaftliche Krise in der DDR, der schleichende Zerfall des dortigen Staats- und Machtapparates hat dabei wohl genauso eine Rolle gespielt wie die Attraktivität des

¹⁰ „Le Monde diplomatique- Musique et Politique ; Juin/Juillet 2020

Lebensdeals in Westdeutschland; vom allgemeinen Lebensstandard bis hin zur Popmusik und den Bluejeans bei den jungen Leuten.

- Auch die Supermacht Sowjetunion ist in sich zusammengebrochen, obwohl der Staatsapparat über Millionen von Soldaten; über 60 000 Panzer; über Atomsprenköpfe und Langstreckenraketen verfügte. Sicherlich hat auch hier eine Rolle gespielt, dass die Wirklichkeit des Alltags nur ein Trugbild der offiziellen Ideologie war; dass die Planwirtschaft nicht in der Lage war, auch nur annähernd den Lebensstandard des Westens zu erreichen; und dass im Vielvölkerreich nationales Denken nicht überwunden werden konnte. Bürgerrechtler wie Andrej Sacharow oder Alexander Ginsburg behielten die Oberhand; wobei in diesem Zusammenhang auch der Einfluss von Alexander Solschenizyn genannt werden muss. Die Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc in Polen; Nelson Mandela und Aung Sann Suu Kyi sind weitere Beispiele dafür, wie durch die „Macht der Mutigen“ ganze Systeme zu Fall gebracht werden können.
- Die Macht der Märkte hat, in Verbindung von Technik und Kommunikation dazu geführt, dass durch die Globalisierung eine neue Welt- Wirtschaftsordnung entstanden ist. Zunächst waren es noch politische Entscheidungen, die bewirkten, dass in den 1980er Jahren große Teile der Wirtschaft privatisiert und dereguliert wurden. Es waren aber dann die Kräfte des Marktes, die dazu führten, dass in wesentlichen Bereichen ein weltweiter Wettbewerb entstand. Bis dahin geschützte staatliche Monopole wurden zerschlagen; alleine in China stieg die Stahlproduktion von 46 Millionen t im Jahr 1985 auf 738 Millionen t nur 30 Jahre später. Gewinner bei dieser Entwicklung waren alle, die sich weltweit durchsetzen konnten; Verlierer diejenigen, die mit dieser Dynamik nicht mithalten konnten, etwa in den traditionellen Industrien. Die Bemühungen von Donald Trump, das Rad zurück zu drehen, zeigen, wie schwierig es ist, von Seiten der Politik auf die Globalisierung Einfluss zu nehmen¹¹.
- Auch bei der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 zeigte sich, dass das Geschehen primär von den Märkten bestimmt wurde und die Politik die größten Schwierigkeiten hatte zu reagieren, in einzelnen Fällen gerade noch in der Lage war, die Krise abzuschwächen.
- Ein anderes Phänomen, das die internationalen Beziehungen entscheidend beeinflusst und in vielen Ländern auch Auswirkungen auf die Innenpolitik hat, sind die Migrationsbewegungen. Jetzt gibt es zahlreiche Studien darüber, warum Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen, um in Nordamerika oder in Europa eine bessere Zukunft zu finden. Die Kriege im Nahen Osten, politische und soziale Konflikte,

¹¹ „Economie utile pour des Temps difficiles ; Abhijet V. Banerjee ; Paris 2020.

hohe Kriminalität und korrupte Regierungen sind genauso Gründe dafür wie fehlende Bildungschancen; hohe Arbeitslosigkeit, starkes Bevölkerungswachstum oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels.

Nun heißt unser Thema „Europa in der Welt von morgen“ und die konkrete Frage lautet „Warum verändert sich die Welt?“ Die dargestellten, ganz entscheidenden Weichenstellungen der letzten Jahrzehnte beruhen auf keinem Gestaltungswillen der Regierenden; es wurden Kräfte in Gang gesetzt, die mit traditionellen Machtmitteln nicht mehr kontrolliert werden konnten. Auch in Zukunft kann man wohl damit rechnen, dass es kaum möglich sein wird, mit traditionellen Machtmitteln, also vor allem mit militärischer Stärke, gesellschaftliche, technologische und wirtschaftliche Entwicklungen aufzuhalten.

- Auch das Erstarken des islamischen Fundamentalismus während der letzten Jahrzehnte wirft die Frage auf, wie weit diese Entwicklung geplant oder von politischen Entscheidungen zumindest ermöglicht wurde. Wie weit waren religiöse und politische Gruppen initiativ? Wesentliche Ziele des islamischen Fundamentalismus sind die Rückkehr zum Ur-Islam sowie die Bekämpfung der westlichen Überfremdung. Es geht um die Aufhebung der Trennung zwischen säkularer und spiritueller Autorität. Außerdem hat diese Bewegung eine expansionistische Komponente: die islamische Rechtsordnung, die islamische Weltordnung, sollen in der ganzen Welt herrschen. Die zeitweise vom Westen übernommenen Ideologien wie Nationalismus, Sozialismus oder der Panarabismus haben enttäuscht, weshalb man wieder die eigenen Wurzeln, den Islam, entdeckte. Es war dann diese Verbindung von religiöser Überzeugung und politischem Wollen, die dem islamischen Fundamentalismus seine besondere Kraft verlieh.
Wenn dann die USA versuchten, diese religiöse Dynamik auszunutzen, indem sie islamische Fundamentalisten in Afghanistan im Kampf gegen die Sowjetunion unterstützten, dann muss es wohl als „List der Geschichte“ gesehen werden, wenn Amerika nur wenige Jahre später den weltweiten „Krieg gegen den Terror“ erklärte.
- Welche Kräfte und welche Mächte haben jenen gesellschaftlichen und kulturellen Wandel bewirkt, der dazu geführt hat, dass wir heute die Rolle von Staat und Gesellschaft; von Glaube und Kirche ganz anders sehen als noch vor wenigen Jahren. Die Rollenbilder von Mann und Frau haben sich gewandelt; die Akzeptanz verschiedener zwischenmenschlicher Beziehungen oder Berufsbilder entscheidend

geändert. Die Macht der Minderheiten, Initiativen der kulturellen Avantgarde haben dabei wohl genauso eine Rolle gespielt wie die Bereitschaft junger Menschen, einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, auch wenn dies mit Risiken verbunden war. Die politische Macht hat sich dabei oft gerade darauf beschränkt, diesen Wandel nicht zu verhindern bzw. im Nachhinein dafür Rahmenbedingungen zu setzen¹².

Andererseits haben globale Informationssysteme wesentlich dazu beigetragen, dass es für neue Ideen und neue Ideale ein weltweites Engagement gibt. Es wurden weltweit Standards gesetzt, deren Nicht-Einhaltung aufgezeigt werden kann; bzw. deren Verletzung international angeprangert wird. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich der Begriff der „Moderne“ zunächst in Kunst und Kultur durchgesetzt hat, womit neue Inhalte und neue Ausdrucksformen gefunden wurden, bevor es zur Massenproduktion in der Industrie und zur modernen Kriegsführung kam. Später setzte sich die Kunst in der „Post- Moderne“ durch; in der Folge wurde die Gesellschaft zur Informationsgesellschaft. Wenn sich das „Projekt Europa“ dadurch auszeichnet, dass es auf einem System von Werten aufbaut, dann ist dieses Modell für die Gestaltung künftige Entwicklungen, wie sie oben aufgezeigt wurden, wohl eher geeignet als traditionelle Machtapparate. „Europa“ sollte damit in der Lage sein, eine Politik so zu gestalten, dass diese vom Gesamtsystem genauso akzeptiert wird wie von den Erwartungen der betroffenen Bürger.

2. Demographie und wirtschaftliche Entwicklung.

„Die Demographie bestimmt das Schicksal eines Landes“, sagte Auguste Comte. Tatsächlich lässt sich die Entwicklung der Bevölkerung eines Landes oder eines Kontinents ebenso einschätzen wie die wirtschaftlichen Veränderungen.

Was Europa betrifft, so ist die Sterberate seit 2012 höher als die Zahl der Geburten. Ohne Zuzug von außen würde also die Zahl der Einwohner in der Europäischen Union zurückgehen. Zurzeit leben in der EU 447 Millionen Menschen; setzt sich der derzeitige Trend fort, werden es 2070 nur mehr 424 Millionen sein (6). Diese Entwicklung ist mit einem anderen Trend verbunden: der Anteil der Menschen über 65 Jahre, der derzeit bei 20 % liegt, wird bis 2070 auf 30 % steigen.

¹² Brian White; „Issues in World Politics“; UK 2001

Gleichzeitig soll die Weltbevölkerung in den nächsten 50 Jahren von derzeit 7,8 Milliarden Menschen auf 10,5 Milliarden steigen. Damit würde der Anteil der Länder der Europäischen Union an der Weltbevölkerung, der 1950 noch bei 13 % lag, heute bei 5,7 % liegt, auf 3,7 % zurückgehen. Der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltbevölkerung würde dann bei 3,9 % liegen; jener Chinas nach diesen Berechnungen von 18,5 % auf 12 % zurückgehen. In Indien würden dann 250 Millionen Menschen mehr leben als heute und der Anteil des Subkontinents an der Weltbevölkerung wäre dann 15,6 %. Besonders dramatisch ist die Entwicklung in Afrika: auf diesem Kontinent wohnten 1950 nur 7,1 % der Weltbevölkerung; heute sind es 14 % und in 50 Jahren sollen es 27,4 % sein¹³.

Es liegt auf der Hand, dass diese demographischen Entwicklungen erhebliche geopolitische Auswirkungen haben können. Die interne Stabilität der Länder wird dabei genauso betroffen wie die wirtschaftliche Stärke; Migrationsbewegungen können ein bisher ungeahntes Ausmaß annehmen.

Dramatisch werden sich auch die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse in den nächsten Jahrzehnten verändern, wobei es auch eine Rolle spielt, dass in überalterten Gesellschaften der Anteil der Berufstätigen zurückgeht. Die Trends sind eindeutig: der Anteil des chinesischen BIP an der Weltproduktion betrug 2016, gemessen an der Kaufkraftparität, 18 % und soll bis 2050 auf 20 % steigen¹⁴. Der Anteil der US- Wirtschaft wird hingegen im selben Zeitraum von 16 % auf 12 % fallen; jener der EU- Länder von 15 % auf 9 %. Entsprechend verändern soll sich auch die „Rangliste“, was die Volkswirtschaften der einzelnen Länder betrifft. Wurde diese 2016, wieder gemessen an der Kaufkraftqualität, von China angeführt, gefolgt von den USA, Indien, Japan und Deutschland; so gibt es für 2050 folgende Prognosen: China, gefolgt von Indien, den USA, Indonesien und Brasilien. Deutschland schafft es dann gerade noch auf den neunten Platz; Großbritannien würde den zehnten Platz belegen. Jetzt sehen wir gerade zur Zeit, welche gewaltigen Auswirkungen in kleiner Virus auf

¹³ Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments; PE 628 271 vom Juni 2019

¹⁴ Zeitschrift „Diplomatie“ vom Sept/Okt. 2019

die wirtschaftliche Entwicklung haben kann: ganze Branchen brechen ein; Menschen erleiden gewaltige Einkommenseinbußen; der internationale Warenaustausch wird lahmgelegt. Wie auch immer die Entwicklung sein wird, der Trend ist klar: der Anteil Europas an der Weltwirtschaft schrumpft. Das Motto kann daher nur lauten: gemeinsam sind wir stärker.

3. Neue Dimensionen von Sicherheit und Macht

So sehr Wirtschaft und Gesellschaft die Entwicklung eines Landes und eines Kontinents bestimmen, gerade im Bereich der internationalen Beziehungen ist es von Bedeutung, welche Überzeugungen und welche Geisteshaltung das Handeln der einzelnen Akteure prägen. Schon heute zeichnen sich diesbezüglich neue Dimensionen von Sicherheit und Macht ab: das „Welfare-Denken“ hat, zumindest in Europa, das „Warfare-Denken“ in den Hintergrund gedrängt.

1000 Jahre lang war internationale Sicherheit eine militärisch verankerte Sicherheit. Ein starkes Heer sollte dafür sorgen, dass ein Land nicht von einem anderen überfallen oder unterdrückt werden konnte. In diesem Sinne war Macht vor allem militärische Macht: derjenige, der über die stärksten Truppen verfügte bzw. es besser verstand, diese einzusetzen, war in der Lage, dem anderen seinen Willen aufzuzwingen. Damit war internationale Sicherheit die längste Zeit zu 90 % eine militärische Sicherheit. Heute ist die internationale Sicherheit nur mehr zu 10 % militärisch begründet, dementsprechend ist Macht heute nur mehr zu 10 % militärische Macht.

Was hat sich geändert? Ging es früher im Bereich der zwischenstaatlichen Sicherheit um eine einzige entscheidende Frage: „Wer ist der Stärkere“, so umfasst die internationale Sicherheit heute viele Aspekte, praktisch alle Bereiche, die den Bürger im Wohlfahrtsstaat berühren: von der Sicherheit der Lebensbedingungen bis zur Sicherheit der Währung; von der Sicherheit der Gesundheit bis hin zu einer sicheren Umwelt, von der Gewährleistung der Menschenrechte bis zur Bildung und Ausbildung. Es geht heute um „Human Security“, also darum, dass sich Menschen in den verschiedensten

Lebensbereichen wohl und sicher fühlen¹⁵. Es ist nicht möglich, all diese Bereiche der „menschlichen Sicherheit“ durch bewaffnete Konflikte zu lösen. Diese Herausforderungen verlangen viel mehr internationale Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen, wie es in den europäischen Organisationen zur Norm geworden ist. Auch jene Entwicklungen, die durch Märkte und Technologien bestimmt werden, können selbst dann, wenn sie eine Bedrohung darstellen, kaum militärisch gelöst werden.

Analog dazu hat sich heute auch die Struktur jener geändert, die Macht ausüben: es gibt eine Vielzahl von Playern, weit über die staatlichen Akteure hinaus. Unzählige NGOs, Konzerne, Medien, ja private Akteure sind auf dem Plan getreten, was zu einer Aufsplitterung der Machtstrukturen geführt hat.

4. Die Revolution in NON-Military Affairs”.

Ganz entscheidend geändert hat sich in den europäischen Ländern die Haltung zum Krieg. Bibliotheken wurden über die „Revolution in Military Affairs“ geschrieben, also darüber, dass die moderne Technik die Kriegsführung revolutioniert hat. Demnach haben moderne Waffen einen nie gekannte Präzision und Schlagkraft erreicht, was insbesondere die US- Streitkräfte in die Lage versetzten sollte, die ganze Welt und darüber hinaus den Weltraum zu erobern. Das mag alles stimmen. Aber gleichzeitig hat sich auch das Umfeld, in dem Kriege geführt werden, dramatisch geändert:

- Jahrhundertlang gehörten Kriege und die Anwendung von Gewalt zur Normalität der internationalen Beziehungen und wurden akzeptiert. Kriege waren eben die „Verlängerung der Politik mit anderen Mitteln“. Das ist heute nicht mehr der Fall. Das Völkerrecht verbietet die Anwendung von Gewalt. Es gibt zahlreiche Verträge, die es untersagen, Kriege zu führen und die Satzung der Vereinten Nationen verbietet die Anwendung von Gewalt. Erlaubt sind nur mehr die Selbstverteidigung und militärische Einsätze, die vom UNO- Sicherheitsrat genehmigt wurden.
- Kriege führen heißt, töten und zerstören. Daran hat sich nichts geändert. Neu ist aber, dass die Welt heute dabei zuschaut. Der Einfluss der

¹⁵ Christopher A. Preble „The Power Problem“; Cornelle University 2009

Massenmedien, die über Kampfhandlungen direkt berichten, kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Wenn Menschen in ihrem Wohnzimmer mitverfolgen können, wie am Schlachtfeld getötet wird und ganze Landstriche zerstört werden, dann wird es für jede Armeeführung schwieriger, Truppen beliebig einzusetzen.

- Am 1. Juli 2002 hat der Internationale Strafgerichtshof seine Tätigkeit aufgenommen. Dieser Gerichtshof wurde von 123 Staaten der Erde anerkannt und ahndet Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermord. Schon vorher wurden internationale Strafgerichte für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda geschaffen, um Vergehen zu ahnden, die während der Konflikte in diesen Ländern begangen wurden. Auch wenn einige Mächte wie die USA, China oder Russland den Internationalen Strafgerichtshof nicht anerkannt haben, so wurde durch seine Gründung von einem großen Teil der internationalen Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht, dass Kriege und Kriegsverbrechen nicht mehr ein normaler Teil der internationalen Beziehungen sind.
- Nicht unwesentlich ist auch, dass sich die Haltung zum Heldentum geändert hat. Seit Urzeiten galt es als „schön und ruhmreich, auf dem Feld der Ehre zu sterben“. Noch im Ersten Weltkrieg sprach der kommandierende englische General von einem „glorreichen Tag“, als in den ersten 12 Stunden der Offensive an der Somme sein Land 60 000 Opfer zu beklagen hatte. Heute müssen selbst Berufsarmeen alles tun, um Opfer in den eigenen Reihen zu vermeiden. Und das „Feld der Ehre“ hat sich weitgehend vom Schlachtfeld auf das Fußballfeld verlagert.

Es ist jedenfalls wesentlich schwieriger geworden, Kriege zu führen und Schlachten zu gewinnen. Das zeigen nicht nur die nun schon Jahrzehnte dauernden Kriege in Afghanistan und im Irak. Auch den „Krieg gegen den Terror“ kann man kaum als großen Erfolg bezeichnen, gibt es doch heute viermal mehr islamische Terroristen als im September 2001. Wie kann man tatsächlich Utopien, die auf das Jenseits ausgerichtet sind, entzaubern? Wie kann man jemandem Zuversicht und Heimat geben, der entwurzelt ist?

Offensichtlich ist es kaum möglich, diese Ziele mit militärischen Mitteln zu erreichen. Es ist daher unverständlich, dass in einer Zeit, in der die meisten Bedrohungen nicht-militärischer Natur sind, die bewaffnete Gewalt immer noch als Lösung der Probleme angesehen wird, dass ein Kontinent nur dann etwas in der Welt gilt, wenn aufgerüstet wird.

Diese Überlegungen decken sich mit der Erwartungshaltung der EU- Bürger. Diese erwarten sich, laut einer Umfrage aus 2018, mehr Engagement der Europäischen Union bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, beim Umweltschutz, stärkere Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und eine stärkere Förderung der Demokratie.

IV. Wesentliche Fragen für die Zukunft

1. Welche Union: Staatenbund oder Bundesstaat?

Die Zukunft Europas in der Welt hängt ganz entscheidend davon ab, wie weit die Integration unseres Kontinents voranschreitet, insbesondere davon, wie weit die Europäische Union aus den verschiedenen Krisen gestärkt hervorgehen wird.

Der Europarat wurde 1949 als Vereinigung souveräner Staaten gegründet. Einige Länder wollten eine stärkere Integration und beschlossen 1957 im Vertrag von Rom, eine „immer engere Union“ in Europa anstreben zu wollen. Seither ist immer noch unklar, wie eng diese Union werden soll. Manche streben, in Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Amerika, nach den Vereinigten Staaten von Europa, also nach einem Bundesstaat.

Die derzeitigen Probleme der EU sind direkt mit der Frage verbunden, wie viel Souveränität die einzelnen Nationalstaaten aufgeben und der Union übertragen sollen. Tatsächlich leben wir in einer Periode der „geteilten Souveränität“: nationale Souveränität wurde aufgegeben, es wurde aber keine europäische Souveränität geschaffen. Wir haben nationale Währungen aufgegeben, es gibt mit dem Euro eine europäische Währungsunion. Aber es gibt keine europäische Wirtschaftsunion, die eine Voraussetzung für eine gemeinsame Währung sein müsste. Wir haben nationale Grenzkontrollen aufgegeben, aber die „Beschlüsse von Dublin“, welche die Grundlage einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik hätten sein sollen, haben sich in Krisenzeiten als obsolet erwiesen. Man spricht von einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), aber gerade die großen Länder der EU waren letztlich nicht bereit, ihre Außenpolitik zur Durchsetzung der eigenen Interessen aufzugeben.

Lange vor der Corona- Krise hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron Vorschläge zur Stärkung einer gemeinsamen europäischen Souveränität vorgelegt: ein gemeinsames Budget sollte den Euro stärken; eine europäische Flüchtlingsagentur die Migration steuern und eine gemeinsame

europäische Armee geschaffen werden. Aber wäre Frankreich selber bereit, die eigene Armee aufzugeben?

Dann kam die Corona-Pandemie. Nun haben die Staats- und Regierungschefs der EU im Juli 2020 ein € 150 Milliarden Hilfspaket zu deren Überwindung beschlossen. Wie in der Vergangenheit haben Länder mit einer geringeren Staatsverschuldung zunächst gezögert, für jene zu bezahlen, die sich bisher nicht durch Sparsamkeit ausgezeichnet haben. Noch dazu waren diese Staaten vielfach stärker vom Virus betroffen, wie Italien oder Spanien. Allerdings: man kam schließlich überein, die beachtliche Summe von fast 5 % des BIP der EU in Form von Anleihen und Direkthilfen aufzubringen

Zum ersten Mal in der Geschichte wird die EU als Ganzes die festgelegte Summe aufbringen, gemeinsam haften und in Ergänzung zu den Maßnahmen der Europäischen Zentralbank einsetzen. Das ist nicht, was die Vereinigten Staaten von Amerika einige Jahre nach ihrer Gründung unter den damaligen Finanzminister Alexander Hamilton beschlossen, nämlich die gemeinsame Haftung für alle Staatsschulden, aber es ist ein entscheidender Schritt hin zu einer möglichen neuen, übernationalen Politik.

Die Stellung Europas in der Welt von morgen wird entscheidend davon abhängen, wie souverän die EU als solche agieren kann und ob die Bereitschaft besteht, „mehr Europa zu wagen“.

2. Europa mit oder ohne Russland?

Russland wurde 1996 Mitglied des Europarates und hat damit, so wie die anderen Mitglieder, die entsprechenden Verpflichtungen betreffend die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte, die Aussetzung der Todesstrafe oder den Schutz der nationalen Minderheiten eingegangen. Washington wählte eine andere Strategie: sobald sich nach der Präsidentschaft von Boris Jelzin herausstellte, dass Russland nicht bereit war, eine Vasallenrolle zu übernehmen, setzten die verschiedenen amerikanischen

Regierungen alles daran, die NATO bis an die Grenzen Russlands zu erweitern.¹⁶

Gegen Russland wurden unzählige Sanktionen verhängt und Mithilfe zahlreicher NGOs und selbst des amerikanischen Botschafters in Moskau sollte ein „Regime change“ erreicht werden. Aber Russland ist eben nicht Albanien. Sobald mit Wladimir Putin ein russischer Präsident erkennen ließ, dass sein Land auch eigene nationale Interessen verfolgen möchte, scheute man sich in Washington nicht, einen neuen Kalten Krieg zu beginnen. Der im Mai 2000 zum Staatspräsidenten gewählte Putin wurde nicht nur politisch bekämpft, sondern demoralisiert und beschuldigt, eine „neue Weltordnung“ errichten zu wollen. Amerika braucht eben einen Feind. Wenn man sich selbst als „die auserwählte Nation“ betrachtet, die berufen ist, die Menschheit zu führen, dann braucht man auch einen Gegner. Denn „der Gute“ kann seine Tugenden nur dann entsprechend aufzeigen, wenn es auch „das Böse“ gibt.

Europa hingegen soll angesichts der gegebenen Interessenlage versuchen, mit Russland eine Partnerschaft auf- bzw. auszubauen: politisch im Rahmen des Europarates; wirtschaftlich und im Sicherheitsbereich. Auch die Grundlagen einer Wirtschaftspartnerschaft sind klar: Russland ist reich an Erdöl und Erdgas, das Europa benötigt; und die Länder Europas sind in der Lage, Russland beim Aufbau jener Wirtschaftsstrukturen zu helfen, die eine moderne Volkswirtschaft braucht.

Hinsichtlich einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Russland und Europa muss man wohl davon ausgehen, welchen Gefahren ein Land bzw. eine Regierung ausgesetzt ist. Ist man mit gemeinsamen Gefahren konfrontiert, dann ist es wohl zweckmäßig, zur Abwehr dieser Bedrohungen zusammenzuarbeiten. In diesem Sinne sollte es darum gehen, jenen Weg fort zu schreiten, den der Europarat mit der Aufnahme Russlands beschritten hat und nicht den, in Europa neue Trennungslinien zu errichten.

¹⁶ Stephen F. Cohen; „Who Putin is not“; September 20th, 2018

3. Gehen wir den europäischen oder den amerikanischen Weg?

Für die Zukunft der Welt ist es von ganz entscheidender Bedeutung, ob die internationalen Beziehungen weiter als Machtpolitik im traditionellen Sinne gesehen werden, wie das aus der Sicht Washingtons der Fall ist; oder ob sich das europäische Modell mit seiner Vorbildfunktion durchsetzt.

Von offiziellen Stellen wird immer wieder betont, Europa und die Vereinigten Staaten bilden eine Wertegemeinschaft. Das ist grundsätzlich richtig. Die Umsetzung dieser Werte in der praktischen Politik nimmt allerdings auf beiden Seiten des Atlantik unterschiedliche Formen an, vor allem auch, was die internationalen Beziehungen betrifft. Die „Revolution in der Diplomatie“ hat in den USA nicht stattgefunden. Amerikanische Außenpolitik ist nach wie vor Machtpolitik, die auf militärische Stärke aufbaut, nach dem Motto „Foreign Policy without the backing of the military is like a base-ball game without a base-ball bat“. Demgegenüber hat, wie oben dargestellt, in den Beziehungen der europäischen Länder untereinander, das Recht die Macht als Handlungsgrundlage abgelöst. In der US- Außenpolitik hingegen herrscht nach wie vor der Grundsatz „Might is Right“.

Es ist unverständlich, dass es immer noch Stimmen gibt, die auch für Europa den amerikanischen Weg der Aufrüstung und der Kriege propagieren, wenn man die verheerenden Ergebnisse der US- Politik der letzten Jahrzehnte betrachtet: alleine der Krieg im Irak hat 600 000 Ziviltote gefordert; eine ganze Region wurde destabilisiert; Flüchtlingswellen wurde ausgelöst und terroristische Gruppen gestärkt. Die NATO- Osterweiterung hat zu neuen Spannungen in Europa geführt und die Politik des „Regime-change“, wie sie in verschiedenen Ländern praktiziert wurde, hat zu neuen Kriegen geführt.

Die USA halten an ihrer nationalen Souveränität bedingungslos fest. Die Außenpolitik hat ausschließlich den nationalen Interessen zu dienen; es gibt keine gleichberechtigten Verbündeten, nur Vasallen. Washington bestimmt die Spielregeln für das eigene Vorgehen und auch dafür, wie sich andere Länder verhalten müssen. In diesem Sinne sehen sich die US- Geheimdienste

berechtigt, Sicherheitseinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen und auch Privatpersonen bei Feind und Freund aus zu spionieren. Verträge wie das Iran-Abkommen werden, ohne Rücksicht auf die europäischen Partner, gekündigt und Deutschland wird vorgeschrieben, von wem das Land seine Energie beziehen darf und von wem nicht.

Die USA verstehen sich als auserwählte Nation. Internationale Organisationen betrachten Sie als Beeinträchtigung ihrer Souveränität und ihrer Freiheit. Daher wählen sie die Alleingänge bei Kriegen, beim Umweltschutz oder bei der Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofes. Angesichts dieser grundlegenden Unterschiede muss die Frage erlaubt sein, ob unter diesen Gegebenheiten eine echte Partnerschaft überhaupt möglich ist. Jedenfalls sind die Europäer gut beraten, ihre eigenen Interessen mit derselben Intensität und Zielstrebigkeit zu vertreten wie die Amerikaner die ihren. Und wenn Europa heute in der Welt für Frieden und Wohlstand steht, dann sollte doch in der Welt von morgen dieses europäische Modell als Vorbild für die internationalen Beziehungen gesehen werden.

() Dr. Wendelin Ettmayer*

geb. 1943; aufgewachsen in Neukirchen am Walde

1977-1993: Abgeordneter zum Nationalrat

1994-2008: u.a. Botschafter in Finnland, Kanada und beim Europarat

Autor verschiedener Publikationen, siehe Website: www.wendelinettmayer.at

E-Mail: wendelin.ettmayer@gmail.com